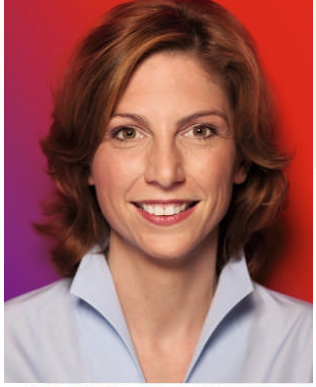

19 / 2014 www.SBL2013.de 16.05.14

Infoservice

# Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Puh, Petrus meint es nicht gut mit uns in diesem Wahlkampf... statt bei sonnigem Maiwetter an den Haustüren zu klingeln und an den Infoständen zu stehen, friert man sich die Finger ab beim Flyer verteilen.
Aber was solls: der Endspurt läuft und wir können schon die Ziellinie sehen.
Nun gilt es also nochmal alle Kräfte mobilisieren, unsere Inhalte zu verbreiten und für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung sorgen!
Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt sowohl bei der Europa- wie auch bei der Kommunalwahl gute Ergebnisse mit unseren guten Programmen und guten Kandidatinnen und Kandidaten einzufahren. Glück auf!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Europa – Wichtiger Dialog und Interessenausgleich!**

Bereits seit 1986 wird in der Europäischen Union der Europatag am 9. Mai gefeiert. Er geht zurück auf die Pariser Rede des französischen Außenministers Robert Schuman an diesem Tag im Jahr 1950, die den Grundstein für die Montanunion legte, den Vorläufer der Europäischen Union wie wir sie heute kennen.
Nur wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde durch die europäische Einigung eine Erfolgsgeschichte geschrieben, die Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Reisefreiheit auf dem europäischen Kontinent sicherte. Der 9. Mai erinnert uns an diese einzigartige Errungenschaft, dass Staaten und Völker über nationale Grenzen hinweg friedlich zusammenarbeiten und Institutionen aufbauen, die einen Rahmen für gemeinsame Entscheidungen schaffen. Das ist alles andere als selbstverständlich. Die europäischen Grundwerte sind damit die Antwort auf Jahrhunderte der kriegerischen Auseinandersetzungen und zugleich die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der 9. Mai liegt kalendarisch einen Tag nach dem 8. Mai: Der eine Gedenktag gilt dem größten Friedensprojekt der modernen Zeit, der andere der Erinnerung an den schrecklichsten Krieg der Geschichte.
Gerade der Blick auf die Lage in der Ukraine ruft uns eindrücklich in Erinnerung, wie wichtig Dialog und fairer Interessensausgleich in der heutigen Zeit sind. Die große Mehrheit der Bevölkerung steht hinter der europäischen Idee. Dennoch ist Europa in der Wahrnehmung vieler zu einer abstrakten Instanz geworden, weit weg von der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger. Wim Wenders hat dieses Problem in klugen Worten auf den Punkt gebracht. „Aus der europäischen Idee ist die Verwaltung geworden. Und jetzt meinen die Leute, die Verwaltung sei die Idee."
Dies wieder umzukehren wird die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre werden. Am 25. Mai haben wir Gelegenheit dazu. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen. Nirgendwo sonst auf der Welt haben die Menschen die Möglichkeit, ihre Vertreter in einer staatenübergreifenden Volksvertretung selbst zu bestimmen.

## Energie

**EEG-Novelle – Das ist erst der Anfang!**

Letzte Woche wurde im Bundestag in erster Lesung der Regierungs-Entwurf eines Erneuerbare-Energien-Gesetzes beraten. Der Gesetzentwurf sorgt für Planbarkeit und Berechenbarkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien.

Mit dem Gesetzentwurf zur EEG-Novelle hat die Bundesregierung gleich zwei Herkulesaufgaben bewältigt: Nach jahrelangen fruchtlosen Diskussionen, bloßen Ankündigungen, die zu enormen Investitionsunsicherheiten geführt haben und großen Konflikten zwischen den Bundesländern hat die Bundesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für Planbarkeit und Berechenbarkeit des Erneuerbaren-Ausbaus, Rechtssicherheit für die Branche und einen Interessenausgleich zwischen den Ländern gesorgt.
Zudem hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel den Konflikt mit der Europäischen Union bezüglich der Industrieprivilegien für die energieintensive Industrie gelöst und somit erreicht, dass tausende Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben. Die parlamentarische Beratung hat nun begonnen.

Wir werden die Neuregelungen im Einzelfall prüfen, so unter anderem Regelungen zum Ausschreibungsmodell, zum Eigenverbrauch und zur Ökostromvermarktung.
Unsere Bundestagsfraktion begrüßt das Ansinnen der Bundesregierung, die Kostendynamik des EEG zu durchbrechen, damit Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher stabil bleiben.
Mit der EEG-Novelle allein wird sie dieses Ziel jedoch nicht erreichen.

Ebenso wichtig sind deshalb die von der Bundesregierung geplanten Reformbestrebungen, die nun angestoßen werden müssen:
Die Entwicklung eines zukunftsfähigen Strommarktdesigns, die Reform des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes, die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur und die Reform des Emissionshandels.

## Verbraucherschutz

**Datenverarbeiter in Europa – Es gilt europäisches Recht!**

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Verfahren der Spanischen Datenschutzagentur (AEPD) gegen Google Inc. und Google Spain SL bestätigt ein „Recht auf Vergessen“ und stärkt damit den Daten- und Verbraucherschutz in Europa. Unsere Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des EuGH. Dieser hat nun festgestellt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher auch gegen Suchmaschinenbetreiber ein Recht auf Löschung personenbezogener Daten haben. Denn der Betreiber einer Suchmaschine ist selbst Datenverarbeiter, auch wenn er nur Informationen zusammenstellt, die bereits öffentlich sind. Nutzerinnen und Nutzer können daher unter gewissen Voraussetzungen die Löschung bestimmter Informationen aus den Ergebnissen einer Suchanfrage einfordern. Das legitime öffentliche Interesse, Zugang zu Informationen zu erhalten, darf hierbei aber nicht zu kurz kommen. In jedem Einzelfall muss es mit den Grundrechten der betroffenen Person abgewogen und ein Ausgleich erreicht werden. Das Gericht erkannte auch ein „Recht auf Vergessen“ an, wenn eine betroffene Person nach einer gewissen Zeit Inhalte aus dem Netz entfernt wissen möchte. Dies sei dann gerechtfertigt, wenn die Daten in Anbetracht aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der verstrichenen Zeit, den Zwecken, für die sie verarbeitet worden sind, nicht entsprechen, dafür nicht oder nicht mehr erheblich sind oder darüber hinausgehen. Das Urteil ist ein wichtiger Schritt, damit der Schutz betroffener Personen und ihres Privatlebens tatsächlich verwirklicht werden kann.

Der Europäische Gerichtshof hat zudem in aller Deutlichkeit klargestellt, dass europäisches Datenschutzrecht gilt, wenn ein Datenverarbeiter in Europa seine Dienste anbietet.

Unternehmen können sich damit nicht länger der Verantwortung entziehen, dass ihre europäischen Niederlassungen nur für Vertrieb- und Marketing zuständig seien, die Datenverarbeitung aber wo anders stattfinde. Damit haben die Richter in zwei für Verbraucherinnen und Verbraucher wichtigen Rechtsfragen Klarheit geschaffen. Bei den Verhandlungen für ein einheitliches Datenschutzrecht auf EU-Ebene muss dies berücksichtigt werden.

Deutschland sollte sich in der Ratsarbeitsgruppe zur Datenschutz-Grundverordnung dafür einsetzen, dass sich die in diesem Urteil gestärkten Verbraucherrechte auch im neu zu schaffenden Datenschutzrecht wiederfinden und das Datenschutzpaket schnell umgesetzt wird.

## Kommunale Finanzen

**Finanzielle Hilfen – Die Kommunen brauchen sie sofort!**

Die Kommunen sind auf schnelle finanzielle Hilfen des Bundes angewiesen. Insbesondere beim Ausbau der kommunalen Infrastruktur besteht dringender Handlungsbedarf. Die nun vorgestellten Ergebnisse der Steuerschätzung machen dies erneut deutlich. Die kommunalen Sozialausgaben von derzeit 47 Milliarden Euro steigen schneller als die Gewerbesteuereinnahmen. Allein im Jahr 2013 betrug der Anstieg der Sozialausgaben gegenüber dem Vorjahr 2,5 Milliarden Euro. Den Kommunen fehlen weiterhin die finanziellen Mittel für dringend erforderliche Investitionen in die Infrastruktur. Insbesondere bei Brücken und Straßen muss gehandelt werden, und zwar nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kommunaler Ebene. Die jährliche Finanzlücke beim Erhalt und Ausbau kommunaler Verkehrswege beträgt mindestens 2,7 Milliarden Euro.

### Bonbon

**„Man kann nicht kämpfen, wenn man die Hosen voller als das Herz hat.”**

**(Christian Lindner, FDP)**

## Umwelt

**Atomkraftwerke – Mit uns wird das nix mit der Stiftung!**

Laut eines Medienberichts sollen die deutschen Stromversorger RWE, Eon und EnBW planen, mit dem Bund eine öffentlich-rechtliche Stiftung gründen zu wollen, in die die Atomkraftwerke eingebracht werden, die aber auch für alle Folgekosten und Risiken haften soll.

Dies ist ein erneutes Beispiel dafür, wie seitens der Energieversorger die Gewinne privatisiert, die Verluste und Risiken aber der Allgemeinheit aufgebürdet werden sollen.

Wir unterstützen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die klargestellt hat, dass die uneingeschränkte Verantwortung für den sicheren Auslaufbetrieb, die Stilllegung, den Rückbau und die Zwischenlagerung des Atommülls bei den Energieunternehmen liegt und diese uneingeschränkt sämtliche Kosten der Stilllegung, des Rückbaus sowie der Endlagerung zu tragen haben.

Mit uns wird es kein weiteres Abwälzen der Kosten und Risiken auf die Allgemeinheit geben.

## Rechtspolitik

**Zahlungsmoral – Das muss einfach besser werden!**

Vor allem kleine und mittlere Handwerksbetriebe sind von schlechter Zahlungsmoral betroffen. Sie müssen oft sehr lang in finanzielle Vorleistung treten. Mit dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr schafft die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für eine Kultur der unverzüglichen Zahlungen. Bis jetzt mussten Handwerksbetriebe oft viel zu lang finanziell in Vorleistung treten. Für Unternehmer und Selbstständige barg das ein großes Risiko. Sie liefen Gefahr, aufgrund von fehlender Liquidität Insolvenz anmelden zu müssen, obwohl sie auf dem Papier eigentlich ein deutliches „Plus“ verzeichneten.

Dem schiebt die Bundesregierung nun einen Riegel vor, indem Zahlungsfristen nur noch bis zu maximal 60 Tagen vereinbart werden können. Eine längere Frist ist nur noch dann zulässig, wenn sie ausdrücklich durch die Vertragsparteien getroffen wird und für den Gläubiger nicht grob nachteilig ist. Im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern wird eine wesentlich strengere Regelung festgesetzt: Hier gilt eine maximale Frist von 30 Tagen. Zusätzlich verhindern gesetzliche Bestimmungen, dass diese Regelungen über AGB oder anderweitig umgangen werden. Somit sorgt die Bundesregierung dafür, dass ein „Plus“ in den Geschäftsbüchern auch ein tatsächliches „Plus“ auf dem Konto der Betriebe ist.

### Termine

| | | |
|---|---|---|
| **16.05.14** | **18.30 Uhr** | **VA mit Norbert Neuser, MdEP, Kulturhaus Hamm** |
| **17.05.14** | **20.00 Uhr** | **2. Orientalische Nacht, Stadthalle Betzdorf** |
| *19.05.14* | *18.30 Uhr* | *Pressegespräch Projektorchester Kulturwerk Wissen* |
| **20.05.14** | **10.00 Uhr** | **Infostand Raubach** |
| | **18.00 Uhr** | **Forum „Umwelt und Energie“ Gasthof Koch Daaden** |
| **21.05.14** | **19.00 Uhr** | **Bürgerforum Hotel Bürgergesellschaft Betzdorf** |
| **22.05.14** | **10.45 Uhr** | **Infostand Fußgängerzone Altenkirchen** |
| | **19.00 Uhr** | **Bürgerforum Dorfgemeinschaftshaus Eichelhardt** |
| **23.05.14** | **10.00 Uhr** | **Infostand auf dem Markt Bahnhofstraße Betzdorf** |
| | **16.00 Uhr** | **Infostand Daaden am REWE-Markt Biersdorf** |
| | **17.00 Uhr** | **Infostand Herdorf** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**